

Milliarden für Atomkonzerne, Banken und Ölmultis

# Schwarz-Gelb bedient die Lobby weiter



**Lobby-Politik ohne Ende: Schon wieder knickt die schwarz-gelbe Bundesregierung ein und will Teilen der Wirtschaft Vorteile in Milliardenhöhe zuschanzen. Der Atom-Lobby soll die bereits beschlossene Brennelementesteuer wieder erlassen werden, von einer Beteiligung der Finanzwirtschaft an den Folgen der Krise ist keine Rede mehr und gegen die „Abzocke“ an den Tankstellen durch die großen Ölkonzerne hat Schwarz-Gelb weiterhin keine wirksamen Rezepte.**

## **Beispiel Brennelementesteuer: Milliarden für die Atom-Lobby**

Nach aktuellen Presseberichten will Schwarz-Gelb die bereits beschlossene Brennelementesteuer wieder einkassieren. Die Steuer, die auf die Brennelemente in den Atomkraftwerken erhoben wird, soll dem Staat jährlich Einnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro einbringen. Mit diesem Milliarden Geschenk will Schwarz-Gelb offensichtlich Klagen der Atom-Konzerne gegen eine Rücknahme der verlängerten AKW-Laufzeiten abwenden. Bezahlen müssen diesen Deal die Steuerzahler, die im Zweifel auch für die immensen Folgekosten der Atomkraft – zum Beispiel für die Sanierung der maroden Zwischenlager Morsleben und Asse II – zahlen müssen.

## **Beispiel Bankenabgabe: Alibi statt wirklicher Beteiligung**

Nach der Finanzkrise war eigentlich klar, dass auch Banken und Finanzinstitute für die Bewältigung der Krisenfolgen zahlen sollten. Mit einer Finanztransaktionssteuer sollten Abgaben auf kurzfristige Spekulationsgeschäfte erhoben und diese damit auch eingedämmt werden. Von dieser sinnvollen und wirksamen Maßnahme hat sich Schwarz-Gelb schnell wieder verabschiedet und statt dessen eine „Mini-Bankenabgabe“ beschlossen. Die Folge: Für die letzte und für alle künftigen Finanzkrisen müssen in erste Linie wieder die Steuerzahler aufkommen.

## **Beispiel Benzinpreis: Die Abzocke an Tankstellen kann weitergehen**

Nach Einschätzung des Bundeskartellamtes wird der deutsche Benzinmarkt von fünf großen Mineralölkonzernen beherrscht – mit der Folge, dass Benzin und Diesel bei uns teurer sind, als sie eigentlich sein müssten. Die Bundesregierung hat bislang nichts unternommen, um für mehr Wettbewerb zu sorgen. Ankündigungen des Wirtschaftsministeriums, marktbeherrschende Unternehmen notfalls zu zerschlagen, sind keine Taten gefolgt. Eine Folge: Autofahrer können weiterhin an den Tankstellen „abgezockt“ werden.

## **Schwarz-Gelb bleibt sich treu:**

**Angefangen bei den Milliarden Geschenken für Hoteliers schantzt die Bundesregierung ihren Klientelgruppen weiterhin Milliarden zu, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose und Verbraucher zahlen müssen.**